

## **InfoGrün Oktober 2011**

Themenübersicht:

### **Editorial**

- 1. Freistaat muss seine Position zu Trojanern offenlegen**
- 2. Land muss industriemäßige Intensivtierhaltung vermeiden!**
- 3. Demokratie à la FDP: Keine Mitsprache ohne Auto**
- 4. Landesregierung übt sich in Schweigen**
- 5. Forstverwaltung geht in ungewisse Zukunft**
- 6. Polizeireform: Verpasste Chance**

### **Editorial**

---

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Ergebnisse des Thüringen-Monitors sind ein klarer Aufruf, die in Thüringen längst überfälligen Reformen endlich anzugehen.

Vor allem aber muss der Anstieg rechtsextremer und nationalistischer Tendenzen in der Thüringer Bevölkerung erschrecken. Die Ministerpräsidentin sagte in der Debatte, unsere Demokratie stehe auf festem Grund – aber jede fünfte ThüringerIn kann, das bestätigt der Thüringen Monitor, dem Nationalsozialismus auch gute Seiten abgewinnen. Viele von Euch haben in den Stadträten und Kreistagen die Wölfe im Schafspelz, die „netten Nachbarn oder Bekannten von nebenan“ von der NPD schon erlebt – sie sind demokratisch gewählt, aber undemokratisch gesinnt. Und bis heute gibt es in vielen Kommunalparlamenten keine wirksame gemeinsame Strategie, kein gemeinsames Ziehen an einem Strang der demokratischen Parteien.

Die gefährliche Tendenz nach rechts beginnt mit großer Unsicherheit der demokratischen Politiker, geht beim freundschaftlichen Händeschütteln weiter und führt dazu, dass die großen Vereinfacher ihren Geist in die Parlamente tragen, sich staatsmännisch geben, die Nähe zu konservativen und liberalen Politikern suchen. Sie bemühen in Schlips und Kragen bewusst die seichten Parolen auf Stammtischniveau. Mit scheinbar harmlosen Sprüchen werden Rassismus und Antisemitismus getarnt.

Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, entwickelt sich Thüringen vielleicht zur abgehängten Provinz, niemals aber zu einer toleranten und weltoffenen Region Europas. Dabei wäre es nicht nur mit Blick auf den Fachkräftemangel wichtig, nicht nur die Abwanderung zu stoppen, sondern auch die Zuwanderung zu forcieren. Dazu aber muss in unserem Freistaat eine Willkommenskultur entwickelt werden. Beispielsweise in Schmöln haben wir bei einer Veranstaltung zur Interkulturellen Woche vorgelebt, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft sehr wohl eine gemeinsame Sprache finden können.

Wir machen in der Zusammenfassung der Ergebnisse des Thüringen-Monitors fünf zentrale Handlungsfelder aus: den Kampf gegen den Rechtsextremismus, die Entwicklung einer Willkommenskultur in Thüringen, die Stärkung der Transparenz politischer Entscheidungen, die Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung und die Durchführung einer Struktur-, Verwaltungs- und Funktionalreform. Die Menschen in Thüringen sind der Landesregierung in diesen Punkten nicht nur um ein paar Schritte, sondern um ganze Längen voraus. Das gilt insbesondere auch beim Thema Gebietsreform. 80 Prozent der Menschen in Thüringen stimmen Reformen auf den verschiedenen politischen Ebenen zu. Was, wenn nicht dieser Wert, ist ein klarer politischer Handlungsauftrag. Die nötigen Schritte müssen jetzt eingeleitet werden – dann könnten die Maßnahmen unter breiter Beteiligung der BürgerInnen bis 2016 umgesetzt sein.

Die Fakten liegen ja nicht erst seit dem diesjährigen Thüringen-Monitor auf dem Tisch: Seit 1990 hat der Freistaat zwölf Prozent seiner Einwohner verloren und in der gleichen Zeit hat die CDU dem Freistaat 16 Milliarden Euro Schulden aufgebürdet. Die Konsequenz: Wir sind übermöbliert. Wir leben in Strukturen, die an einer viel größeren Bevölkerungszahl ausgerichtet sind. Nun muss die Politik, gemeinsam mit den Menschen die Probleme anpacken, anstatt an ideologischen Hemmschwellen festzuhalten. CDU und SPD tun sich schwer mit dem Loslassen – wir unterstützen sie dabei aber gern. Was sonst noch anliegt, lest Ihr auf den folgenden Seiten.

Herzliche Grüße

Eure Fraktionsvorsitzende

*Anja Siegesmund*

## 1. Freistaat muss seine Position zu Trojanern offenlegen

Wie am vergangenen Wochenende bekannt wurde, hat der Chaos Computer Club eine staatliche Software für das heimliche Ausspähen von Computern zugespielt bekommen und analysiert. Demnach ist der sogenannte Staatstrojaner nicht nur schlecht gegen Missbrauch durch Dritte geschützt, er kann laut CCC auch erweitert werden, um etwa gespeicherte Dateien zu verändern oder via Webcam Räume zu überwachen.

„Es ist inakzeptabel, dass vom Innenministerium nur über die Presse zu hören war, dass der vom Chaos Computer Club enttarrte Trojaner von Thüringer Landesbehörden nicht eingesetzt wurde. Das ist in einem solch brisanten Fall eine sehr magere Information“, sagt Dirk Adams, unser Innenpolitiker. „Wir wollen grundsätzlich wissen, ob Behörden des Freistaats über eine derartige Software – auch eine andere als die vom CCC identifizierte – verfügen. Sollte dies der Fall sein, dann muss auch offengelegt werden, ob und wann sie eingesetzt wurde. Oder, ob dies vorgesehen ist und auf welcher Rechtsgrundlage sich diese stützt“.

„Das Bundesverfassungsgericht hat bereits im Jahre 2008 in einem Urteil zur Online-Durchsuchung klare Richtlinien vorgegeben. Daraus ergibt sich, dass beispielsweise eine Fernsteuerung betroffener Rechner nicht rechtlich gedeckt ist“, so Dirk Adams weiter. „Wir fordern vom Freistaat eine verbindliche Selbstverpflichtung, derartige Kontroll-Software unter keinen Umständen einzusetzen“, fordert Adams.

Die Piraten hatten einen Fragenkatalog zu diesem Thema an alle im Thüringer Landtag vertretenen Fraktionen geschickt und um eine parlamentarische Initiative gebeten. Wir Grünen haben diesen Vorschlag gern aufgegriffen und den Einsatz von sogenannten Staatstrojanern als Selbstbefassungsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Innenausschusses eingebracht. In der Thüringer Allgemeinen war allerdings ein sehr übermütiger Leserbrief der Piraten in Bezug auf uns Grüne zu lesen. Das werden wir in Zukunft beachten.

## **2. Land muss industriemäßige Intensivtierhaltung vermeiden!**

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde haben wir das Thema Tierhaltung auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt. Damit brachten wir auch unsere Unterstützung der Bürgerinitiative gegen überdimensionierte Schweinemast- und Zuchtanlagen zum Ausdruck, die am Donnerstag vor dem Thüringer Landtag demonstrierte.

In der Debatte haben wir klar gemacht, dass industriemäßige Intensivtierhaltung wie in Alkersleben zu Lasten von kleineren Betrieben in Thüringen geht. Wir haben die Thüringer Landesregierung aufgefordert, keine industriemäßig geführten Intensivtierhaltungsanlagen mehr zu genehmigen. Diese bringen Belastungen für Tier, Mensch und Umwelt und schädigen die Thüringer Landwirtschaft.

„Die Tierhaltung ist vor allem in den Grünlandgebieten das Rückgrat der Landwirtschaft in Thüringen und damit ein wichtiger Arbeitgeber im ländlichen Raum. Deshalb sind wir nicht per se gegen den Bau von neuen Tierhaltungsanlagen“, sagte der agrar- und umweltpolitische Sprecher, unserer Fraktion, Dr. Frank Augsten. „Außerdem gehen wir nicht davon aus, dass es Tieren in kleinen Ställen automatisch gut und in großen Ställen automatisch schlecht geht. Das zeigt die Praxis. Aber wenn Anlagen Dimensionen erreichen, bei denen Tiere beim Ausfall der Technik qualvoll ersticken oder im Brandfall nicht mehr evakuiert werden können und darüber hinaus Anwohner sowie Umwelt über Gebühr belastet werden, wird eine Grenze überschritten, die wir nicht akzeptieren.“

Wir haben auch auf die aus unserer Sicht unschlüssige Argumentation des Bauernverbandes und des Thüringer Agrarministeriums verweisen, die den Neubau von industriemäßigen Intensivtierhaltungsanlagen unterstützen. Deren Errichtung mit der Stärkung der regionalen Produktion zu begründen, ist angesichts eines Selbstversorgungsgrades in der EU von über 110 Prozent und desolaten Preisen auf dem Schweinefleischmarkt ausgesprochen realitätsfremd. Der an mehreren Stellen in Thüringen geplante Zubau von überdimensionierten Schweinezucht- und Mastanlagen führt nicht zu einer Reduzierung der Importe, sondern zur Aufgabe von kleineren Einheiten anderswo in Thüringen. Ausgesprochen kritisch sehen wir die offensichtliche Exportorientierung der neuen Investoren. „Das bedeutet, die Umweltbelastungen haben wir in Thüringen, die Wertschöpfung findet in Osteuropa statt“, schließt Augsten.

### **3. Demokratie à la FDP: Keine Mitsprache ohne Auto**

Nein, wir haben kein Mitleid mit der FDP. Mag sie gefühlt eine Splitterpartei sein, im Landtag ist sie höchst real. Manchmal reagiert sie sogar auf unsere Initiativen. Jüngstes Beispiel: Heinz Untermann, der Verkehrsexperte der FDP-Fraktion wirft uns vor, dass wir zu wenig Auto fahren. Sonst wüssten wir, dass Geschwindigkeitsbegrenzungen nichts brächten. Man solle lieber vor Kindergärten und Schulen kontrollieren.

"Herr Untermann hat nicht verstanden. Nicht verstanden, dass man das Eine tun kann ohne das Andere zu lassen. Nicht begriffen, dass man nicht Autofahren muss, um zu wissen, was guter Verkehr ist. Und keine Ahnung, was wir eigentlich wollen", sagt unsere Verkehrsexpertin Jennifer Schubert. "Nicht so laut möchte ich noch hinzufügen: Grüne fahren (leider) auch nicht weniger Auto als andere. Wir wissen also sowieso, von was wir reden: Tempolimits retten Leben." Das hat auch das Europäische Parlament bekräftigt und rät deshalb seinen Mitgliedsländern dringend, in Ortschaften grundsätzlich Tempo 30 einzuführen. Diese Forderung ist so zwingend, dass sogar die BILD (mit Foto von Jenni vor 30-Schild) relativ objektiv darüber berichtete.

Nicht verstanden hat offensichtlich auch die Regierungskoalition, wie man souverän mit Vorschlägen der Opposition umgeht. Statt im Ausschuss unseren Entschließungsantrag zum Iron Curtain Trail, dem Radweg am Grünen Band, gemeinsam mit uns zu verbessern, brachte sie klammheimlich einen Alternativantrag ein, damit sie unsere Initiative ablehnen konnte. Dieser forderte die Aufnahme des ICT in die Thüringer Radwegeplanung. Inhaltlich war dieser damit unserem so ähnlich, dass wir uns veranlasst sahen, ihm trotzdem zuzustimmen. "Man soll ja Kleinkariertheit nicht mit Mikrokariertheit entgegen", meint Schubert.

---

### **4. Landesregierung übt sich in Schweigen**

Astrid Rothe-Beinlich fordert Klarheit bei den Schulgeldern an freien Schulen

„Wir fühlen uns hinters Licht geführt und fordern die Landesregierung auf, endlich die Informationen zu den Höhen der Schulgelder offen zu legen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Landesregierung angesichts unserer Normenkontrolle zum Gesetz über freie Schulen alles dafür tut, uns keinerlei verlässliche Daten und Angaben zukommen zu lassen“, sagt unsere bildungspolitische Sprecherin.

Bereits in der Antwort auf die kleine Anfrage zur Höhe der Schulgelder von Schulen in freier Trägerschaft (Drs. 5/3334) hatte sich die Landesregierung um konkrete Antworten gedrückt, obgleich die entsprechenden Unterlagen zumindest vom Genehmigungszeitpunkt im Archiv des Ministeriums liegen.

"Auch die Antwort auf unsere mündliche Anfrage in der Plenarsitzung brachte alles andere als Klarheit. Staatssekretär Merten vollführte vielmehr virtuose Ausweichmanöver, statt auch nur eine Frage zu beantworten. Diese einmal mehr demonstrierte Arroganz im Umgang mit den Fragerechten der Abgeordneten steht leider exemplarisch für das Handeln des Ministeriums insgesamt“, erklärt die grüne Bildungspolitikerin.

Bereits auf eine Mündliche Anfrage zum gleichen Thema hin hatte die Landesregierung behauptet, es hätte nach der Novellierung des Gesetzes keine pauschalen Schulgelderhebungen an den freien Schulen gegeben. Die Schulen wären auskömmlich finanziert. „Dass dies völlig an der Realität vorbei geht, könnte man feststellen, wenn man mit den Schulträgern sprechen würde. Sie sahen sich fast alle gezwungen, die Schulgelder bereits zum Schuljahresbeginn anzuheben, weitere Erhöhungen sind angekündigt. Unsere Kritik, dass es an der Transparenz der Berechnungsgrundlagen mangelt, wird mit dem Agieren des Ministeriums einmal mehr unterfüttert“, so Rothe-Beinlich weiter.

Die Normenkontrolle zu besagtem Gesetz über freie Schulen liegt derzeit beim Thüringer Verfassungsgerichtshof. Hauptkritikpunkte der Klage sind die fehlende Transparenz der Berechnungsgrundlagen und die Ungleichbehandlung der freien Schulen im Vergleich zu staatlichen Schulen.

„Wir bleiben dabei: Jedes Kind muss dem Freistaat gleich viel wert sein, egal welche Schule das Kind besucht. Freie Schulen sind Teil des öffentlichen Bildungswesens und erfüllen gleichermaßen den Bildungsauftrag. Zudem sollen sie allen Kindern, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, offenstehen. Die steigenden Schulgelder jedoch bewirken das Gegenteil. Hier muss sich die Landesregierung die Frage gefallen lassen, ob dies nicht ein gewollter Effekt ist, um mehr Kinder an die staatlichen Schulen zu bekommen. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Schulen“, stellt Rothe-Beinlich abschließend klar.

<http://www.parldok.thueringen.de/parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=42740&page=0>

## **5. Forstverwaltung geht in ungewisse Zukunft**

Der Landtag hat das Gesetz zur Reform der Forstverwaltung verabschiedet. Mit den Stimmen der Regierungsfractionen wurde beschlossen, dass die Forstverwaltung in eine Anstalt öffentlichen Rechts „Thüringen Forst“ überführt wird.

Wir haben uns zu diesem Gesetz enthalten, da wir uns auch der Haushaltskonsolidierung verpflichtet fühlen. Die desolate Haushaltlage Thüringens hat die Reform der Landesforstverwaltung herbeigeführt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Forstverwaltung können aber unter dem beschlossenen Abbaupfad der Landesregierung zukünftig nicht mehr gewährleistet werden. „Eine fachlich sehr gut aufgestellte und deutschlandweit anerkannte Forstverwaltung ist durch den von den CDU-Regierungen herbeigeführten ‚Sanierungsfall Thüringen‘ unter die Räder gekommen“, sagte unser forstpolitischer Sprecher, Dr. Frank Augsten, im Rahmen der Debatte.

Wir haben im Rahmen der Ausschussberatungen 20 Änderungsvorschläge eingebracht, von denen sich neun im Gesetz niedergeschlagen haben. So wird der Nationalpark Hainich nicht in die Forstanstalt eingegliedert. Der Hainich ist ein Nationalpark in dem Naturschutz und somit Gemeinwohlaufgaben im Mittelpunkt stehen. Deshalb ist das Beibehalten der Fach- und der Dienstaufsicht beim zuständigen Umweltministerium der richtige Weg.

Ob die nun geschaffene Anstalt öffentlichen Rechts die aufgeworfenen Probleme lösen kann, bleibt offen. Es bleibt weiterhin unklar, wie mit weniger Personal und Geld das jetzige Aufgabenspektrum gesichert werden kann. Die Forstverwaltung geht einen ungewissen Weg in die Zukunft.

---

## **6. Polizeireform: Verpasste Chance**

Seit nunmehr einem Jahrzehnt versuchte sich Thüringen in einer Reform der Polizeistrukturen. Fünf Innenminister haben sich inzwischen damit befasst. Nun wurde von den Regierungsfractionen das „Thüringer Gesetz zur Neufassung und zur Änderung polizeiorganisatorischer Regelungen“ verabschiedet und bleibt in seinen Maßnahmen weit hinter unseren Erwartungen zurück.

„Noch belegt der Freistaat Thüringen in der Kriminalstatistik einen Spitzenplatz hinsichtlich der Aufklärungsquote und völlig zu Recht gebührt den Beamtinnen und Beamten für die gute Arbeit, die sie jeden Tag leisten, Anerkennung. Ob dieser hohe Anspruch auch in den

nächsten Jahren erfüllt werden kann, ist angesichts des demographischen Wandels und der Personalentwicklung der Polizei allerdings fraglich. Denn dieses Gesetz beantwortet die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten anstehenden Fragen der inneren Sicherheit nicht“, sagt Dirk Adams, unser innenpolitischer Sprecher. „Es werden sieben Schilder mit der Aufschrift `Polizeidirektion´ ab- und sieben mit der Aufschrift `Landespolizeiinspektion´ angeschraubt. Hinzu kommt noch eines für die Landespolizeidirektion“, fasst er seine Sicht zusammen.

„Wie die so errichteten Doppelstrukturen zu Optimierung und Kosteneinsparungen führen sollen, ist nicht nachvollziehbar“, so Adams weiter. „Die Regierungsfaktionen haben hier eine große Chance vertan, die Zukunft der Thüringer Polizei auf ein nachhaltiges Fundament zu stellen“, schließt Adams.

---

Mehr von InfoGRÜN, unserem Gentechniknewsletter oder News in Sachen Verkehrspolitik? Hier sind gibt es eine Übersicht: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/newsletterpresseverteiler.html>

Genug von InfoGRÜN? InfoGRÜN abbestellen: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/infogruen/infogruen-abbestellen.html>